



Ausschuss für Petitionen und
Bürgerinitiativen
[NR-AUS-
PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at](#)

KONTAKT: Dr. Reinhard Uhrig
reinhard.uhrig@global2000.at
Mobil: +43/699 14 2000 18

Wien, 23.05.19

Petition 25/PET "Stopp Atomstrom - Stopp AKW Mochovce"

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Nachfrage nach einer Stellungnahme von GLOBAL 2000 zur Petition 25/PET, der wir wie folgt gerne nachkommen:

Es ist sehr zu begrüßen, dass sich in den letzten Wochen alle Parteien in Österreich ganz klar gegen die unmittelbar bevorstehende Inbetriebnahme des aus unserer Sicht äußerst problematischen Atomreaktors 3 im slowakischen Mochovce und für zusätzliche Sicherheitsprüfungen ausgesprochen haben, wie dies auch bereits mehr als 212.000 Menschen zusammen mit GLOBAL 2000 in einer Petition an Bundeskanzler Kurz getan haben¹.

Ein entsprechender Allparteien-Antrag wurde am 25. April, dem Vortag der Tschernobyl-Jahrestags, einstimmig angenommen², ein Ministerratsvortrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit, Umwelt und Tourismus wurde bereits am 13. März von der Bundesregierung beschlossen³. In den letzten Tagen hat sich auch Bundeskanzler Kurz mehrfach für eine internationale Überprüfung der Anlage und für eine Klärung der von mehreren Ingenieuren aufgedeckten Probleme ausgesprochen⁴, die GLOBAL 2000 Anfang April an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Die Aufforderung der parlamentarischen Petition 25/PET an die Bundesregierung, "alle diplomatischen und politischen Mittel und Wege in Anspruch zu nehmen, gegen den Ausbau des AKW Mochovce und weiterer AKW-Errichtungen in der EU und weltweit vorzugehen", ist zu begrüßen und (zumindest für Europa) konsistent mit dem Regierungsprogramm der

¹ www.global2000.at/stopp-mochovce

² www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0435/index.shtml

³ www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/1246792/49_14_mrv.pdf/a9dfa4ec-2cec-4247-add0-b780a12a5769

⁴ www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190505_OTS0001/akw-mochovce-3-bundeskanzler-kurz-spricht-sich-fuer-internationale-kontrollen-aus

derzeitigen Bundesregierung S. 171 vom 16.12.2017, „[d]em Neu- und Ausbau von Atomkraftwerken in Europa, insbesondere in den Nachbarländern, mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln entgegenwirken“.

Dies deckt sich mit dem durch die oben genannten Beschlüsse und Aussagen dokumentierten klaren Bekenntnis der Bundesregierung, im Falle der Mochovce 3-Inbetriebnahme genau dies zu tun - mit allen diplomatischen und politischen Mitteln für eine transparente internationale Überprüfung der Anlage unter Beteiligung von österreichischen ExpertInnen einzutreten und auch internationale Allianzen mit weiteren Mitgliedsstaaten zu bilden, um diese Forderung durchzusetzen.

Auch der nationale Schulterschluss in dieser Angelegenheit ist positiv zu erwähnen; so hat z. B. die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Pamela Rendi-Wagner, am 3. Mai in einem Brief an den slowakischen Premierminister Pellegrini eine internationale Prüfung der Anlage sowie eine neue grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung gefordert⁵.

Wie in der vorliegenden Petition von der Bundesregierung verlangt "[e]ine Klage gegen die Inbetriebnahme" einzubringen sieht GLOBAL 2000 skeptisch: Wir verfolgen die Entwicklungen in Mochovce als Organisation bereits seit 25 Jahren und sind neben politischen und diplomatischen Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene auch auf verschiedenen Ebenen rechtlich gegen den Weiterbau und die Inbetriebnahme aktiv, so zum Beispiel vor dem Aarhus Convention Compliance Committee⁶ und vor dem Amtsgericht Bratislava (aufgrund der exzessiven Schwärzung von Unterlagen zur Inbetriebnahme, die eine adäquate BürgerInnenbeteiligung unmöglich macht)⁷.

Anders als im Falle der - unserer Meinung nach verfehlten - Staatsbeihilfen-Entscheidungen der Europäischen Kommission zur Zulässigkeit von Beihilfen für die Atom-Neubauprojekte Hinkley Point C (Vereinigtes Königreich) und Paks II (Ungarn) besteht unserer Rechtsauffassung nach keine Möglichkeit für Nichtigkeitsklagen der Republik Österreich. Unter Umständen bestünde die Möglichkeit für ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei; hierzu müsste aber ein Verstoß der Slowakei gegen die Umsetzung einer EURATOM-Richtlinie nachgewiesen werden.

Erfolgversprechender ist unserer Meinung nach die Forderung nach einer neuen grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung, da - wie in unserer "Stellungnahme zur Erfüllung der UVP-Bedingungen" von September 2018 herausgearbeitet⁸ - die vorliegende

5 https://mobil.krone.at/kmm__1/app__CORE/1916502

6 www.unece.org/environmental-policy/conventions/public-participation/aarhus-convention/tfwg/envppcc/envppccimplementation/sixth-meeting-of-the-parties-2017/slovakia-decision-vi8i.html

7 www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171218_OTS0051/akw-mochovce-global-2000-klagt-slowakische-atomaufsichtsbehoerde-wegen-geschwaerzter-dokumente

8 www.global2000.at/sites/global/files/14092018%20Stellungnahme%20GLOBAL%202000%20zum%20UVE%20Dokument.pdf

Umweltverträglichkeitserklärung aus dem Jahre 2008 sich auf Dokumente von 2003 bezieht, also eine Periode vor den erhöhten Sicherheitsanforderungen aufgrund der Fukushima-Katastrophen 2011 und auch vor den massiven Veränderungen des Bauwerks durch die unzureichende Bauführung der bauausführenden Firmen, wie sie auch von der World Association of Nuclear Operators im Jahr 2017 bemängelt wurde⁹.

Wir begrüßen es daher, dass die KlimaschutzreferentInnen der österreichischen Bundesländer klar eine neue UVP für Mochovce 3 gefordert haben, diese ist auch nach Meinung von GLOBAL 2000 unbedingt durchzuführen¹⁰.

Einige weitere der in der Petition genannten Punkte erfordern eine Änderung des EU-Primärrechts, allem voran eine Auflösung des seit 1957 gültigen EURATOM-Vertrags und eine Übertragung der notwendigen Kontrollinstanzen in die ohnehin existierenden Strukturen der Europäischen Kommission unter dem Arbeitsvertrag der Europäischen Union (Lissabon-Vertrag). Hierzu eine Vertragsstaatenkonferenz über die Auflösung des EURATOM-Vertrags einzuberufen ist wünschenswert, auch wenn der notwendige einstimmige Beschluss aus heutiger Sicht schwer zu erreichen sein wird würde damit das Thema EURATOM-Revision, ebenfalls wie im Regierungsprogramm S. 171 vorgesehen, auf die Agenda der öffentlichen Debatte gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen



9 www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181018_OTS0038/akw-mochovce-geleakter-wano-bericht-enthuehlt-grobe-sicherheitsmaengel

10 Landesklimaschutzreferentenkonferenz Antrag vom 12.4. zum AKW Mochovce eingebracht von Stephan Pernkopf, einstimmig angenommen